

SPD demokratischer pressediens

P/XXXII/14

20. Januar 1977

Gute Wünsche für Jimmy Carter

Die Zusammenarbeit mit den Vereinigten Staaten geht mit neuen Impulsen weiter

Von Prof. Horst Ehmke MdB
Außenpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion

Seite 1 / 42 Zeilen

Die privaten Kassen langten kräftig zu

Ein Plädoyer für die gesetzliche Krankenversicherung

Von Hermann Buschfort MdB
Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung

Seite 2 und 3 / 50 Zeilen

Strauß setzt sich auch in Saarbrücken durch

Bisherige Koalitionsverhandlungen enttäuschen auch die FDP-Basis

Von Hans Kasper
Stellv. Vorsitzender der SPD-Saar und stellv. Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion

Seite 4 und 5 / 90 Zeilen

Chefredakteur: Helmut G. Schmidt
Häuser/tee 2-10, 5300 Bonn 12
Postfach: 120 400
Pressehaus I, Zimmer 217-224
Telefon: 21 93 38-39
Telex: 08 68 446-48 pcdn d

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
Kölner Straße 108-112, Telefon: 37 66 11
5300 Bonn-Bad Godesberg

Gute Wünsche für Jimmy Carter

Die Zusammenarbeit mit den Vereinigten Staaten
geht mit neuen Impulsen weiter

Von Prof. Horst Ehmke MdB

Außenpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion

Die Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und der Bundesrepublik Deutschland sind im Augenblick des Amtsantritts von Präsident Carter fester und ausgewogener als je zuvor. Nach Jahren, in denen die Bundesrepublik weitgehend der Nehmende in dieser Freundschaftsbeziehung war, sind wir in diesem Jahrzehnt in wachsendem Umfange auch zu einem gebenden Partner geworden. In den wichtigen Fragen dieses Jahrzehnts - dem inneren Ausbau der Demokratie; der Stabilisierung der Wirtschaft in kritischen Jahren; der Stärkung der gemeinsamen Verteidigung; der Ost-West-Entspannung; der regionalen Überwindung nationalstaatlichen Egoismus und dem Abbau des Nord-Süd-Gefälles - hat die Bundesrepublik zum Teil wesentliche Beiträge geleistet, auf die auch die Vereinigten Staaten bauen konnten. Dies wird so bleiben.

Mit Genugtuung können wir heute feststellen, daß Präsident Carter besonderes Interesse an Europa und an einer Fortführung der politischen und wirtschaftspolitischen Abstimmung der Industriestaaten zum Ausdruck gebracht hat. In diesem Geiste werden wir auch dort, wo es Meinungsverschiedenheiten gibt - wie dies zwischen Freunden vorkommt - immer wieder gemeinsame Lösungen finden, auch in der Frage der nuklearen Sicherheit und des Exports nuklearer Technologie. Dies war auch in der Vergangenheit die Praxis bilateraler Zusammenarbeit mit den USA.

Der neue Präsident übernimmt die Verantwortung für die amerikanische Politik in einer schwierigen Lage der Weltpolitik.

Es gilt, der Entspannungspolitik neue Impulse zu geben, gerade auch auf dem Gebiet der Truppen- und Rüstungsbegrenzung - trotz aller alten und neuen Schwierigkeiten.

Der Nord-Süd-Konflikt, die tiefen Veränderungen in den Industriestaaten und in den Entwicklungsländern, werden sich nicht allein mit den Antworten der Nachkriegszeit lösen lassen. Nüchterne Phantasie, sachverständiger Mut werden von uns allen verlangt werden, wenn wir die Zukunft in einer gerechteren Welt sichern wollen. Die sozialliberale Koalition wird sich bemühen ihren Beitrag zu leisten, auch im Sinne deutsch-amerikanischer Zusammenarbeit.

Eine aktive Wirtschaftspolitik der Industriestaaten sollte zu einer "Konzertierten Aktion" mit den Öl-Ländern und den Entwicklungsländern erweitert werden - im Interesse aller Beteiligten.

Präsident Carter ist Mitglied der Demokratischen Partei der Vereinigten Staaten. Das bedeutet andere Akzente in der amerikanischen Innenpolitik, im Sinne eines verstärkten sozialen und moralischen Engagements. Hier gibt es wichtige Berührungspunkte mit der deutschen Sozialdemokratie und der sozialliberalen Koalition.

Wir wünschen dem neuen amerikanischen Präsidenten und seiner Administration alles erdenklich Gute für ihre schwierige Aufgabe. (-/20.1.1977/vd/hu)

+ + +

Die privaten Kassen langten kräftig zu

Ein Plädoyer für die gesetzliche Krankenversicherung

Von Hermann Buschfort MdB

Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister
für Arbeit und Sozialordnung

Das Konsolidierungsprogramm der Bundesregierung für die Renten- und Krankenversicherung sieht vor, in der gesetzlichen Krankenversicherung die Beitragsbemessungsgrenze von DM 2.550 auf DM 2.890 monatlich anzuheben, um - entsprechend Beschlüssen des Mannheimer Parteitages und des DGB-Bundeskongresses und entsprechend übrigens auch einer Forderung der Ersatzkassenverbände - die Besaerverdienenden entsprechend ihrem Einkommen mehr als bisher in den Solidarausgleich einzubeziehen. Angestellte sind aber nur bis zur bisherigen Beitragsbemessungsgrenze in Höhe von monatlich 2.550 krankenversicherungspflichtig; verdienen sie mehr, können sie der gesetzlichen Krankenversicherung als freiwilliges Mitglied angehören, aber auch zur privaten Krankenversicherung überwechseln. Im Hinblick auf die geplante Anhebung der Beitragsbemessungsgrenze versucht die private Krankenversicherung nun, neue Mitglieder für sich zu gewinnen, und weist dabei auf ihre Attraktivität im Vergleich zur gesetzlichen Krankenversicherung hin. Zu Recht? Sollte es wirklich möglich sein, zu einem billigeren Preis die für die Privatbehandlung in aller Regel anfallenden höheren Kosten voll zu erstatten?

Der durchschnittliche Beitragssatz in der gesetzlichen Krankenversicherung stieg 1970 bis 1976 von 8,2 vH auf 11,3 vH des jeweiligen Einkommens. So bedauerlich diese Beitragserhöhungen auch sind - in der privaten Krankenversicherung wurde in den vergangenen Jahren weit kräftiger zugehakt. Fünf Beispiele für Tarife der privaten Krankenversicherungen bei einer Durchschnittsfamilie (Ehepaar im Durchschnittsalter von 40 bis 45 Jahren mit zwei Kindern, volle Krankheitskostendeckung ohne Krankengeld) mögen dies belegen:

- | | | | | | |
|-----------------------|---------|-------|---------|-------------|--------|
| - Monatsbeitrag 1970: | 314 DM, | 1976: | 589 DM, | Steigerung: | 188 vH |
| - Monatsbeitrag 1970: | 300 DM, | 1976: | 736 DM, | Steigerung: | 246 vH |
| - Monatsbeitrag 1970: | 286 DM, | 1976: | 724 DM, | Steigerung: | 253 vH |
| - Monatsbeitrag 1970: | 277 DM, | 1976: | 775 DM, | Steigerung: | 280 vH |
| - Monatsbeitrag 1970: | 228 DM, | 1976: | 647 DM, | Steigerung: | 284 vH |

Woher könnten die Versicherten der privaten Krankenversicherung die Hoffnung nehmen, daß die Beitragssatzsteigerungen damit beendet sind? Jedenfalls gibt es dort kein Kostendämpfungsprogramm, wie es für die gesetzliche Krankenversicherung jetzt beschlossen wurde.

Das wahre Geheimnis der "günstigen" Tarife der privaten Krankenversicherung enthüllte dieser Tage ein Königsteiner Versicherungsvermittler, "damit Sie mit Sicherheit das günstigste Angebot des Marktes für Ihre eigene Sicherheit bekommen": In der gesetzlichen Krankenversicherung finanziert man "die Krankenversicherung für gesetzlich Versicherte, die aus Gesundheitsgründen von privaten Krankenversicherungen nicht aufgenommen werden, Versicherte mit großen Familien, Arbeitnehmer mit niedrigem Einkommen. Bei uns als Vermittler privater Gesundheitsvorsorge müssen Sie das nicht mitmachen... Es gibt nur eine vernünftige Alternative: Die preiswertere private Gesundheitsvorsorge. Preiswerter, weil zum Beispiel Kranke von vornherein grundsätzlich nicht aufgenommen werden."

Hoch lebe eine Krankenversicherung, die nur Gesunde aufnimmt! Hoch lebe eine Krankenversicherung, die nur für Ledige und Reiche erschwinglich ist! Hoch lebe die Freiheit eines jeden, sich selbst der Nächste zu sein! Oder ist man am Ende doch besser in der gesetzlichen Krankenversicherung aufgehoben?
(-/20.1.1977/va/hgs)

+ + +

Strauß setzt sich auch in Saarbrücken durch

Bisherige Koalitionsverhandlungen enttäuschen auch die FDP-Basis

Von Hans Kasper

Stellv. Vorsitzender der SPD-Saar und
stellv. Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion

Wochenlang erhitzen sich die Gemüter im Saarland an einem Film des WDR-Fernsehmagazins "Monitor", in dem das Saarland und die seit 20 Jahren regierende CDU in wenig schmeichelhafter Weise "gewürdigt" wurden. Vor allem Ministerpräsident Dr. Roeder entrüstete sich, sprach von Imageschädigung des Landes und schrieb einen empörten Protestbrief an WDR-Intendant Sell.

In den letzten Wochen nun hat sich die CDU-Saar ihrerseits bemüht, das Ansehen des Saarlandes bundesweit herabzusetzen. Inhalt und Form der großenteils mit Medienbegleitung ausgetragenen Diskussion um eine Koalition zwischen der mit 25 Mandaten im saarländischen Landtag nicht handlungsfähigen CDU und den Freien Demokraten nehmen mehr und mehr die Form eines Provinztheaters an. Für den bisherigen Höhepunkt der Painlichkeit sorgte Ministerpräsident Dr. Roeder selbst, als er verleutete, auch nach erfolgreichem Abschluß der Verhandlungen mit der FDP und deren Einzug ins Kabinett habe er nicht die Absicht, sich dem Landtag zur Wiederwahl zu stellen. Für ihn stelle sich dieser Vorgang als simple Kabinettsumbildung dar.

Ganz so simpel ist die Sache nicht. Seit der Landtagswahl am 4. Mai 1975 regiert das Roeder-Kabinett mangels Parlaments-Mehrheit unter Ausnutzung einer Lücke in der saarländischen Verfassung. Deren Verfasser haben es nämlich versäumt, die Amtszeit der Landesregierung mit der Dauer der Legislaturperiode zu koppeln und die Neuwahl des Regierungschefs zu Beginn einer neuen Periode zwingend vorzuschreiben. Diesem Verfassungs-Manko, übrigens eines der Themen einer inzwischen tätig gewordenen Enquete-Kommission, verdanken Roeder und einige bei der CDU längst auf der Abschußliste stehende Minister ihr Weiteramtieren am Rande der Legalität.

Jetzt will Roeder die Lücke zu einem innerparteilichen Coup nutzen. Die starke Gruppe um den seit Jahren auf die Nachfolge Roeders drängenden CDU-Landesvorsitzenden, Kultusminister Werner Scherer will die Wiederwahl Roeders mit dessen vorheriger verbindlichen Zusage koppeln, sein Amt im Laufe der Legislaturperiode an Scherer zu übergeben. Der von Roeder vorgesehene Trick mit der Kabinettsumbildung soll diese Absicht unterlaufen. Langzeit-Kronprinz Scherer durchschaute inzwischen das Spiel des alten Fuchses Roeder und äußerte sich entsprechend verstimmt in der Öffentlichkeit.

Dies ist jedoch nicht die einzige Painlichkeit, die im Verlauf des Koalitions-Wick-Hacks zutage trat. Inzwischen zeichnet sich ab, daß die CDU aufgrund innerparteilicher Querelen das derzeit acht Mitglieder umfassende Landeskabinett eher aufstocken möchte, als es nach sachlichen Gesichtspunkten neu zu organisieren und möglicherweise zu straffen. Besonders der von Innenminister Alfred Wilhelm geführte stärkste CDU-Kreisverband Saarlouis fühlt sich ausgeschmiert. Nach dem Abgang des glücklosen Wirtschaftsministers Dr. Erwin Sinnwell auf den Sessel des rheinland-pfälischen Landesbank-Präsidenten soll jetzt auch Kabinetts-Dame Rita Waschbüsch, deren Überforderung als Sozialministerin immer deutlicher wird, ihren Platz räumen. Als mögliches Trostpflaster ist die Neuschaffung der Stelle einer Frauenbeauftragten

im Staatssekretärang beim Ministerpräsidenten im Gespräch. In ein Ministerium "befördern" möchten zahlreiche Mitglieder der CDU-Landtagsfraktion auch ihren Vorsitzenden Ferdi Behles, dessen polterndes Temperament ihn in zahlreichen Plenardebatten zu Auftritten hinriß, die bei den übrigen Fraktionen und auf der Zuschauertribüne Gelächter, bei der eigenen Fraktion betretenes Schweigen und eingezogene Köpfe hervorriefen.

So ist der Andrang innerhalb der CDU nach Ministerwürden eher stärker geworden, obwohl dem Koalitionspartner zwei Sitze im Kabinett zugestanden werden müssen. Roeder muß daher an zwei Koalitionsfronten verhandeln: Mit der FDP und den verschiedenen Gruppierungen der eigenen Partei. So legte vor wenigen Tagen die kommunalpolitische Vereinigung der CDU, in der die meisten saarländischen Bürgermeister Sitz und Stimme haben, schärfste Verwarnung gegen die Absicht ein, der FDP das Innenministerium zu überlassen.

Als einziges konkretes Ergebnis der Koalitionsgespräche wurde bisher eine Bundeatsratsklausel bekannt, die in ihrer Unverbindlichkeit und fehlenden Konkretisierung vor allem diejenigen Wähler und Mitglieder der FDP enttäuschen wird, die für eine Beendigung der Unions-Obstruktion im Bundesrat den Preis der ungeliebten Koalition mit der CDU zu zahlen bereit gewesen wären. Gewiß wird FDP-Chef Werner Klumpp von Fall zu Fall in der Lage sein, ein Abstimmgverhalten in der Länderkammer durchzusetzen, das die Intentionen der sozialliberalen Bundesregierung unterstützt. Hinter der Unverbindlichkeit der Bundeatsratsklausel wird jedoch der Ungeist von Franz Josef Strauß deutlich, der sich mit seiner Forderung nach CSU-Mitbestimmung in der Frage von Länder-Koalitionen und Nichtaufweichung der CDU/CSU-Bundeatsratsfront offensichtlich auch in Saarbrücken durchsetzte.

Nachteilig für die Freien Demokraten wirkt sich auch aus, daß sie als Vorleistung für die "Vernunft-Ehe" mit der CDU den Landeshaushalt 1977 passieren ließen, ohne essentielle eigene Sachvorstellungen darin durchsetzen zu können. Die damit von der CDU vorgenommene Weichenstellung engt den Verhandlungsspielraum in Sachfragen erheblich ein. Auch in dieser Frage wird es Werner Klumpp und den Mitgliedern seiner Verhandlungsdelegation schwer fallen, die FDP-Mitgliedschaft von Erfolgen zu überzeugen.

Für die FDP ist die Situation nicht einfach. Sie läuft Gefahr, dem nicht ungeschickt eingefädeltten Spiel der CDU aufzusitzen, das auf eine für die Liberalen tödliche Umarmung hinausläuft, indem deren Glaubwürdigkeit entscheidend erschüttert und die Rückkehr ins Parlament bei der Landtagswahl 1980 verhindert wird.

Die Sozialdemokraten wollen sich nicht als Vormund der FDP aufspielen. Aus diesem Grund haben wir uns über Monate hinweg selbst eine konsequente Zurückhaltung in Bezug auf öffentliche Äußerungen zur Koalitionsfrage auferlegt. Mit dem Bekanntwerden der nun vereinbarten Bundeatsratsklausel ist jedoch der Zeitpunkt gekommen, an dem die Freien Demokraten an die Zielsetzungen erinnert werden müssen, unter denen sie 1975 gemeinsam mit den Sozialdemokraten eintraten: die abgewirtschaftete CDU-Landesregierung abzulösen, um das Land in vielen Bereichen entscheidend voran zu bringen, und die Stimme des Saarlandes im Bundesrat im Sinne einer konstruktiven, den Interessen des Landes dienenden Politik abzugeben. (-/20.1.1977/va/hgs)